

Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

Der unbekannte Wähler?

Mythen und Fakten
über das Wahlverhalten der Deutschen

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

Der unbekannte Wähler?

Mythen und Fakten

über das Wahlverhalten der Deutschen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39382-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: photocase/guidhouse

Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland <i>Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher</i>	7
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---

Teil 1: Mythen des Niedergangs

Jenseits von Links und Rechts: Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr? <i>Philipp Scherer</i>	23
Schwankende Wähler: Gefährden Wechselwähler die Demokratie? <i>Bernhard Weßels</i>	43
Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? <i>Simone Abendschön, Sigrid Roßteutscher</i>	59
Die Personalisierung der Politik: Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen? <i>Aiko Wagner</i>	81
Medienwahlkampf: Sind TV-Duelle nur Show und damit nutzlos? <i>Thorsten Faas, Jürgen Maier</i>	99
Ratlose Zwerge: Sind die Volksparteien am Ende? <i>Thomas Poguntke</i>	115
Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? <i>Armin Schäfer</i>	133

Teil 2: Normalwähler- und Normalwahl-Mythen

Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders? <i>Oscar W. Gabriel</i>	157
Die überschätzte Gefahr: Beeinflussen (getwitterte) Umfrageergebnisse Wahlentscheidungen? <i>Thorsten Faas, Ansgar Wolsing, Sascha Huber</i>	177
Elefantenhochzeiten: Verändern Große Koalitionen die Parteienlandschaft? <i>Evelyn Bytzek</i>	193
Uninformierte Wähler und informiertes Elektorat: Wie gehen die Wähler mit dem Bundestags-Wahlsystem um? <i>Franz Urban Pappi</i>	211
Dominanz der Ökonomie: Entscheidet die Wirtschaftslage Wahlen? <i>Ruth Beckmann, Philipp Trein, Stefanie Walter</i>	231
Der weibliche Blick: Verhalten sich Frauen in der Politik anders? <i>Ina E. Bieber</i>	253
Fazit oder: Außer Mythen nichts gewesen? <i>Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher</i>	273
Literatur	291
Verzeichnis der Medienquellen	305
Hinweise zu den genutzten Daten	313
Autorinnen und Autoren	315

Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland

Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher

1. Der unbekannte Wähler?

Alle vier Jahre ist Bundestagswahl. Dann entscheiden die deutschen Bürger und Bürgerinnen über das Schicksal der alten Regierung, wählen sie ab oder bestätigen sie im Amt. Nun bestimmen sie darüber, wer als Kanzler oder auch als Kanzlerin die Geschicke dieser Regierung bestimmen wird und welchen Koalitionspartner sie der Kanzlerpartei zur Seite stellen. Die Stimme des Bürgers zählt – und je knapper die Ergebnisse werden, desto mehr zählt sie und desto mehr Aufmerksamkeit finden »die Wähler«, ihre Wünsche und Vorlieben, in der Wahlkampfberichterstattung der Medien. Das ist gut so. In der repräsentativen Demokratie Deutschlands ist und bleibt die Wahl das entscheidende Partizipationsinstrument und der zentrale Mechanismus zur Herstellung von demokratischer Legitimität und politischen Richtungsentscheidungen. Natürlich gibt es andere Wege der politischen Einflussnahme und andere Wahlen in der modernen Mehrebenendemokratie. Bürger sind Mitglieder von Bürgerinitiativen und Protestgruppen. Sie beteiligen sich an Unterschriftenaktionen oder demonstrieren für ihr Anliegen oder boykottieren und mobilisieren gegen politische Entscheidungen, die sie für falsch halten. Im Herbst 2010 gaben die Auseinandersetzungen um die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke und die Proteste gegen den Aus- und Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs ein deutliches Zeugnis von der politischen Bedeutung solcher alternativer Beteiligungsformen. Dennoch: Es sind grundsätzlich punktuelle Aktionen, die sich um ein spezifisches und politisch umstrittenes Sachthema ranken. Auf die Zahl der Wahlberechtigten bezogen sind politische Proteste – ganz unabhängig von ihrer demokratischen Bedeutung als Korrektiv fehl- und mangelhaft kommunizierter Entscheidungsprozesse – Beteiligungsformen, die nur Minderheiten, oft auch nur privilegiertere und gebildeteren Schichten der Bürgerschaft nutzen. Richtig ist auch, dass die nationalstaatlich verfasste Repräsentativdemokratie

Deutschlands in europäische Entscheidungsstrukturen eingebunden ist und als föderales System unabhängige Länder- und Kommunalparlamente kennt. Die Deutschen sind somit deutlich häufiger als alle vier Jahre zur Wahlurne gerufen. Und dennoch scheinen sich alle Akteure über die relativ zur Nationalwahl geringere Bedeutung dieser fast abfällig als »Nebenwahlen« bezeichneten Wahlen einig zu sein. Das Wahlkampfbudget der politischen Parteien für solche Nebenwahlen liegt ein Vielfaches unter dem, was sie an personellen und finanziellen Ressourcen für die nationale Hauptwahl einsetzen. Die Medienberichterstattung ist deutlich verhaltener – in Ton und Umfang – und wird zudem noch häufig so geführt, dass nicht die Nebenwahlen an sich im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, welchen Einfluss ein Nebenwahlergebnis auf die Stabilität und das zukünftige Geschick der amtierenden Nationalregierung haben könnte. Auch das Verhalten der Wähler und Wählerinnen spricht eine deutliche Sprache. Alle Nebenwahlen mobilisieren deutlich weniger Menschen, bei Kommunalwahlen kann es sogar passieren, dass kaum ein Drittel der Wahlberechtigten den Gang zur Wahlurne für lohnenswert hält. Man mag das aus normativer oder demokratietheoretischer Sicht für schlecht oder gut – richtig oder falsch – halten, es bleibt jedenfalls dabei: im politischen Betrieb der deutschen Demokratie gibt es ein Ereignis, das aus allen alternativen Beteiligungs- und Wahlformen heraussticht, die Wahl zum Bundestag, die deutsche nationale Hauptwahl.

Es ist daher alles andere als ein Zufall, dass sich Öffentlichkeit und Medien auf diese Hauptwahl konzentrieren. Monate und vor allem Wochen vor der Wahl, wenn die sogenannte »heiße« Wahlkampfphase eingeläutet wurde, sind die ersten Seiten der Zeitungen und die Frontmeldungen der TV-Nachrichten diesem Ereignis gewidmet. Auch das ist gut so. Es ist eine der vornehmsten und aus demokratischer Sicht zentralen Aufgaben der Wahlkampfphase, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass ihre Stimme benötigt wird, dass politische Grundsatzentscheidungen zu fällen sind und dass hier unterschiedliche Alternativen, die auch die Zukunft der Wähler betreffen, zur Wahl stehen. So steigt in Wahlkampfzeiten das politische Interesse, die Bürger entwickeln ein steigendes Verständnis vom Funktionieren der repräsentativen Demokratie, sie gewinnen einen Eindruck von den unterschiedlichen Politikangeboten und werden in nicht geringer Zahl (wieder) zu entschiedenen Anhängern bestimmter Parteien. Politik ist Thema im Kreis der Familie, der Freunde und Arbeitskollegen, am sogenannten »Stammtisch«.

Natürlich stehen in der Medienberichterstattung nicht nur die Parteien, ihre Spitzenkandidaten und Politikangebote im Mittelpunkt. Der große »Unbekannte«, aber auch das alles entscheidende Moment, ist der Wähler. Wie wird er sich entscheiden? Welche Programme oder Kandidaten sind aus Sicht der Wähler attraktiv? Werden Sie überhaupt zur Wahl gehen und warum vielleicht nicht? Die Medien operieren hier natürlich nicht im luftleeren Raum. Sie stützen sich auf das reichhaltige Zahlenwerk der Demoskopien, die in immer enger werdenden Abständen neue Wasserstandmeldungen über Gewinn- und Verlustaussichten einzelner Parteien und Kandidaten veröffentlichen. Sie stützen sich auf das bemerkenswerte politische Gespür, das viele Journalisten im Laufe ihrer Karriere entwickeln konnten sowie auf O-Ton-Aufnahmen von Wählern in Einkaufszentren und Fußgängerzonen (die sprichwörtliche Stimme des Volkes) und natürlich auf die Einschätzung von Experten – Wissenschaftlern, die den Medien und ihren Nutzern erklären, warum und wieso eine Partei abgestraft oder belohnt werden wird. Oder warum – nach der Wahl – Menschen beschlossen haben gar nicht erst hinzugehen bzw. sich massenhaft von einer Partei abgewendet haben. Zwangsläufig und quasi unvermeidbar wird hier spekuliert und gerätselt, werden provokative Thesen entwickelt und manche auf sehr unsicherem Boden befindliche Gewissheit verkündet. Nur wenige Wochen, manchmal sogar Tage, nach der Wahl flacht das Interesse an den Beweggründen und am Entscheidungsverhalten des Wählers merklich ab. Die Bürger haben ihre Stimme abgegeben, jetzt sind die Eskapaden, Spannungen und Merkwürdigkeiten im Prozess der Koalitionsformation und Regierungsbildung von größerem Interesse. Ist auch das geschehen, geht die Berichterstattung der Medien wieder in den Normalbetrieb über: neue politische Skandale oder Proteste verlangen Aufmerksamkeit, Gesetzesvorhaben müssen diskutiert werden, aber auch Sportereignisse und unpolitische Showevents drängen in den Vordergrund. Bundestagswahl war gestern. Ob und wie sehr sich manche der Spekulationen und Gewissheiten, die vor und kurz nach der Wahl in Öffentlichkeit und Medien diskutiert wurden, tatsächlich bewahrheiteten, bleibt unbeantwortet. So haften sie im Gedächtnis der Medienrezipienten aber auch der journalistischen Nachrichtenproduzenten, ohne das eine empirische Überprüfung des Wahrheitsgehaltes erfolgt.